

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Juni 1926
Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Es bestehen auch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 692 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 7, Warschauer Straße 49)
Bezugspreis: Bei Bezug unter Straßendurch die Post: Halbjährlich 60 Pf., jährlich 1,20 Mark. Bei direktem Bezug: Halbjährlich 50 Pf., jährlich 1,00 Mark. Zahlung bis 5. Belegungswoche 20. jeden Monats.

Der schwarz-rot-goldene Schwindel

Das Pfingsttreffen des RFB ist eine charakteristische Einleitung der Volksentscheid-Kampagne. Nicht sein Trommelgeschwätz und die Schmalmeien machen die Musik der Weltgeschichte. Entscheidend ist sein politisches Gesicht. Und dieses zeigte sich nicht in ein paar revolutionären Redensarten, mit denen die Reichspresse die Spießherren vor dem schwarzen Mann kraunlich macht. Zwar können wir der „Daily News“ darin nicht recht geben, daß sie den deutschen „Kommunisten“ als Bourgeois bezeichnet. Denn — abgesehen von den Soldschreibern und übrigen korrupten Beamten — die Proleten in der KPD, haben durchaus keine Anlagen dazu. Aber wir müssen der englischen Kapitalistenzeitung beipflichten, wenn sie die KPD, als ungefährlich hinstellt. Das Gesicht der „Roten Pfingsten“ war harmlos, — sozialdemokratisch. Bekanntlich haben auch die sozialdemokratischen „Realpolitiker“ noch eine Dosis schöner Phrasen von sozialistischem Endziel, vom Kampf für die Menschheitsbefreiung usw. übrig, an denen sich die darbenenden Arbeiter gratis ergötzen können.

Es kommt also auf die „Realpolitik“ an, auf die praktische Stellung einer Arbeiterorganisation zum Klassenkampf. Der General des RFB, schreibt — oder genauer: zeichnet — einen Artikel in der Pfingstnummer der „Roten Fahne“, dem wir die folgende charakteristische Stelle entnehmen: „Ein Erfolg des Volksentscheids (durch Terror) mit allen Mitteln verhindert werden. Hier erwächst den Kameraden eine große wichtige Aufgabe. Der rote Frontkämpferbund muß die zum Volksentscheid aufmarschierenden Massen vor den blutigen Anschlägen der Faschisten schützen.“ Er soll das wachsame Auge der proletarischen Einheitsfront sein. Diese „revolutionäre“ Arbeit kam gemeinsam mit dem Reichsbanner durchzuführen. Nach dessen Zersetzung vom 1. Juni stellt diese Prioritätenliste der Bourgeoisie den Saalschutz, Schutz der Plakate und vor „unlauterem Druck zur Stimmenthaltung“. Ein Schritt weiter zur — schwarzrotgoldenen — Einheitsfront. Die Arbeiter, die noch immer daran glauben, daß der RFB ein „Sammelbecken der revolutionären Arbeiter“ ist, mögen sich von Thälmann belehren lassen. Er schreibt weiter: „Der RFB steht jedem Arbeiter offen, der ehrlich für die proletarische Einheitsfront und den Sozialismus kämpfen will. Wir stoßen auch jene nicht zurück, die noch von Illusionen über die schwarzrotgoldene Republik befangen sind.“

Das ist nur logisch, wenn man die demokratischen Illusionen der Arbeiter durch Schutz der „Ausübung eines verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechts“ selbst stärkt und damit hilft, die Arbeiterschaft dem schwarzrotgoldenen Volksbetrug auszuliefern.

Der „Vorwärts“ konnte mit Recht den Sieg des Volksbetrugs als den Sieg des demokratischen Gedankens bejubeln. Die theoretische Diskussion zwischen „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ über Demokratie und Diktatur konnte nicht die Tatsache beseitigen, daß die bürgerliche Republik die „unter der Führung der K. P. D. kämpfenden breiten Volksmassen“ am Narrenseil herumgeführt hat. Die bürgerliche Republik ist darum für die Bourgeoisie eine bessere Regierungsform als die Monarchie, weil sie durch ihre Herrschaft direkter, verlässlicher und sicherer ausüben kann. In Wirklichkeit sind die demokratischen Rechte Scheinrechte, dazu bestimmt, die Proleten besser unterdrücken und ausbeuten zu können. Darum kann die SPD, den Volksentscheid als „direkte Gesetzgebung durch das Volk“ ansprechen und ihm als die musterhafte Form der bürgerlichen Demokratie anpreisen.

Wir erleben in diesen Wochen den krassen Beweis dessen, daß SPD und Gewerkschaften wieder die ideologische Herrschaft über die große Mehrheit des deutschen Proletariats angetreten hat. Die Sozialdemokraten haben sich gar nichts vergeben, als sie der KPD, die Führung der Volksentscheidsbewegung zur „restlosen Enteignung der Fürsten“ abnahm. Das ist eine typische bürgerliche Reformbewegung zugunsten der „Allgemeinheit“, nämlich des bürgerlichen Staates als Verkörperung der Gesamtheit der Kapitalisten. Diese Enteignung im „öffentlichen Interesse“ auf verfassungsmäßigen Wege stellt durchaus nicht den Beginn einer allgemeinen revolutionären Enteignung der Enteigneter dar. Das wird selbst von den Rechtsparteien, die den Volksentscheid den Kleinbürgern und Bauern als „bolschewistischen Stoff“ und Anfang der Wegnahme von Haus und Hof anpreisen, ernsthaft nicht behauptet. Der ehemalige Mitarbeiter der „Roten Fahne“, Graf Reventlow, schreibt z. B. im Reichswart, daß es unrichtig ist, zu behaupten, das Volksbegehren und der Volksentscheid bilde eine Gefahr für das Eigentum überhaupt in Zukunft.

Trotzdem also der Volksentscheid ein ideales Hilfsmittel ist und die Fürstenteilung kein Präzedenzfall für die kapitalistische Klasse ist, versuchen die Rechtsparteien, den Volksentscheid zu sabotieren. Zwar können die monarchistischen Putschpläne nicht ernst genommen werden. Die Bourgeoisie hat kein Interesse an einem monarchistischen Umsturz, sie weiß, was sie an der schwarzrotgoldenen Republik mit ihrer Demokratie und ihren Machtorganen hat. Eine monarchistische Gefahr in diesem Sinne ist nicht vorhanden. Die gesteigerte Aktivität der völkischen und deutschnationalen Organisationen ist eine Tatsache. Ebenso, daß besonders die hinter ihnen stehenden Gruppen der Schwerindustrie und des Agrarkapitals gegen den Volksentscheid Stellung nehmen. Eine heftige Gegenpropaganda setzt ein, besonders auf dem Lande und in den Kleinstädten wird Stimmenthaltung diktiert.

Kleinbürger und kleinbürgerliche Arbeiter sind keine bewußten revolutionären Klassenkämpfer. Dann wird wahrscheinlich die „direkte Gesetzgebung durch das Volk“ Wasser saufen gehen müssen. Auch trotz des gemeinsamen Schutzes des Holzheim und RFB und der „strengen Vorschriften“ der Regierung zur „Garantierung

„Unverantwortliche“ Rationalisierung
Hunderttausende sollen „auswandern“.
T.-U. Hagen, den 27. Mai.
„Auf der hier abgehaltenen Delegiertenkonferenz des Gewerkschafts-Deutscher Metallarbeiter erklärte Reichspräsident König-Argersberg: Der Hakenplan der Rationalisierung ist noch nicht erreicht. Es liegt bei uns eine große Anzahl von Verordnungen vor, in den nächsten Tagen werden Verhandlungen mit Pflicht zu Ende geführt werden, wo bereits Abmachungen erfolgt sind. Man werde damit zu rechnen haben, daß dieses große Werk die Yore für die Arbeiter schließen werde. Auch von anderen großen Werken seien im Mittelmeeren zugezogen, daß sie beabsichtigen, ihre Werke zu schließen oder starke Abbaumaßnahmen vorzunehmen. Von diesen Werken werde erklärt, die Produktion im westlichen Gebiet sei wegen der Höhe der Transportkosten zu teuer geworden, sie müßten an die Rhein-Ufer, um billiger zu werden zu können. Der Bergbau habe den Anfang gemacht. Die großen Eisen- und Stahlwerke würden folgen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, die vor Jahren im westlichen Gebiet angeworben wurden, würden wieder auswandern müssen. Wenn für den Rest Arbeit überflüssig, so können diese entlassen werden.“

Der „Vorwärts“ verzichtete sich — scheinbar künstlich — darüber auf, daß der Kapitalismus keine „verantwortliche“ Rationalisierung durchführt, und nennt diese Bruchstücke Kapitalismus als Resultat. Man muß da wohl auch notgedrungen hinzufügen: Demokratie in Reichweite! Angesichts der Katastrophe der kapitalistischen Krise ist es nicht schwer zu erraten, wem die Hunderttausende wandern sollen. Sie wandern den Weg der kapitalistischen Demokratie in den sozialen Abgrund, auf den Friedhof. Diese „Völkerwanderung“ des Proletariats wird nicht aufhören, solange der Kapitalismus mit seiner Demokratie, seinen Owerkschaftsbünden und sozialdemokratischen Verfassungsbürokrasien besteht, die mit Argusaugen darüber wachen, daß durch den Kampf der Arbeiter für die proletarische Revolution kein Steinchen aus diesem schönen Bau gebrochen wird, — in dem die Arbeiter verrecken und verfaulen wie Aas.

Der englische Bergarbeiterstreik und die „gewerkschaftliche Solidarität“

Essen, 27. Mai. „Der britische Bergarbeiterverband hat an die Bergarbeiter-Internationale, sowie an die Transportarbeiter-Föderation telegraphisch das dringende Ersuchen gerichtet, die schärfsten Maßnahmen zur Unterbindung der Kohlentransporte nach England zu treffen, da die bisherige Aktion zur Durchführung der Kohlenstörre gegen England fast ergebnislos geblieben sei. In den nächsten Tagen sollen in Dinslaken Verhandlungen zwischen Vertretern des Bergarbeiter-Internationalen und der internationalen Transportarbeiter-Föderation über die zu treffenden verschärften Maßnahmen zur Durchführung der Kohlenstörre gegen England stattfinden.“

Wir haben in voriger Nummer der „KAZ“ die Zahlen genannt, die die Steigerung der Förderung hauptsächlich in Oberschlesien beschreiben. Obiger Aufruf ist nur eine Bestätigung der Tatsache, daß die Gewerkschaften eine Kohlenzufuhr nicht verhindern wollen, weil sie ihr „Vaterland“ mehr lieben als eben ein anderes „Vaterland“. Das haben gerade die englischen Gewerkschaften während des amerikanischen Bergarbeiterstreiks bewiesen, wo England die meiste Streikbrecherkohle lieferte, obwohl ein jeder der „radikalen“ Gewerkschaftsführer dagegen aufgetreten wäre. Der angekündigte Kongreß wird daran nicht ändern.

Nachdem die englischen Gewerkschaften dem Generalstreik das Genick gebrochen haben, suchen sie einen Sündenbock an den niederknietenden Bergarbeitern ihre „Mitschuld“ beweisen zu können. Wenn der englischen Regierung die Geschichte zu lange dauern sollte, wird sie nicht vor Maßnahmen zurückschrecken, die dem Streik der Bergarbeiter ein beschleunigtes Ende machen, während die Gewerkschaften weiterhin die Arbeiter mit dem Unsinne des „rein wirtschaftlichen Kampfes“ traktieren, und so die sichere Niederlage herbeiführen helfen. — Die Notwendigkeit des Kampfes um die Macht ist auch in England auf der Tagesordnung, und der Versuch, diese Notwendigkeit zu ignorieren, muß notwendig zur Niederlage führen, bis die Erkenntnis der zugehörigen Klassenkampfbedingungen reift, und auch das englische Proletariat befähigt, mit der arbeitermordenden Gewerkschaftspolitik zu brechen und der Kapitalismus selbst vernichtet werden muß durch den Kampf um die proletarische Diktatur.

Die Niederschlagung des Bilanztages

Abd el Krim hat dem vereinten französischen spanischen Sturm nicht standhalten können, und bedingungslos kapituliert. Der Kampf dauerte 13 Monate und kostete der französischen Regierung zwei Milliarden Franken und 150.000 Menschenleben. Die „Ordnung“ nach langer nicht hergestellter. Eine Havasmeldung besagt, daß die verschiedenen Stammesführer durch den Verzicht Abd el Krims, weiterzukämpfen, ihre Unabhängigkeit gegenüber den eigentlichen Riffleuten wiedererlangt haben, und daß einige von ihnen sich zu organisieren, drei nicht unterworfenen Stämme der Beni Uriahel und einige Beni Mestara im Norden von Wessan. Man ist der Überzeugung, daß die Unterwerfung der Stämme in der spanischen Zone wird. Die rechte Gruppe Renaudel erklärte durch ihren Sprecher vor der Abstimmung, daß sie sich der Stimme enthalten wolle und sich weigere, in den leitenden Instanzen der Partei Funktionen anzunehmen. Wie die Presse berichtet, hat dadurch die Gruppe Renaudel sich ihren Austritt aus der Partei angekündigt. Die Parteimehrheit hat für die rechte Opposition Renaudel allerdings die Posten in der Parteiverwaltung vorläufig offen gelassen. Der Protest der Renaudel-Gruppe richtete sich gegen politische und organisatorische Verhältnisse. Politisch war sie für eine Beteiligung an einer bürgerlichen Koalitionsregierung, organisatorisch gegen die Fraktionsdisziplin im Parlament, d. h. dazwischen, daß die Partei eine einheitliche Abstimmung der Parlamentsfraktionen vorschreibt. Politisch war sie für eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung gegen 312 Stimmen der linken Opposition (Gruppe Maurin) die politische Resolution der Mittelgruppe Blum, die sich für eine Unterstützung bürgerlicher Linkserregungen und gegen die Einheitsfront mit den Kommunisten ausspricht. Die Linksoption Maurins entzieht sich auf eine Resolution Compe-Maurins, die die Einheitsfront mit den Kommunisten befördert hat.

Die Krise der französischen Sozialdemokratie

Paris, 27. Mai. Der Kongreß der französischen Sozialdemokratie endete mit einer Abstimmung, die von der gesamten Presse als der Beginn einer Spaltung der Partei bezeichnet wird. Die rechte Gruppe Renaudel erklärte durch ihren Sprecher vor der Abstimmung, daß sie sich der Stimme enthalten wolle und sich weigere, in den leitenden Instanzen der Partei Funktionen anzunehmen. Wie die Presse berichtet, hat dadurch die Gruppe Renaudel sich ihren Austritt aus der Partei angekündigt. Die Parteimehrheit hat für die rechte Opposition Renaudel allerdings die Posten in der Parteiverwaltung vorläufig offen gelassen. Der Protest der Renaudel-Gruppe richtete sich gegen politische und organisatorische Verhältnisse. Politisch war sie für eine Beteiligung an einer bürgerlichen Koalitionsregierung, organisatorisch gegen die Fraktionsdisziplin im Parlament, d. h. dazwischen, daß die Partei eine einheitliche Abstimmung der Parlamentsfraktionen vorschreibt. Politisch war sie für eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung gegen 312 Stimmen der linken Opposition (Gruppe Maurin) die politische Resolution der Mittelgruppe Blum, die sich für eine Unterstützung bürgerlicher Linkserregungen und gegen die Einheitsfront mit den Kommunisten ausspricht. Die Linksoption Maurins entzieht sich auf eine Resolution Compe-Maurins, die die Einheitsfront mit den Kommunisten befördert hat.

Ortsvereinigungen

Berichtigung.
Die vorige Ausgabe der „KAZ“ wird von der Uberschrift „Das Ende einer Phase“ auf der ersten Seite trägt durch ein Versehen die Nr. 40 statt 41.

Achtung!
Am Donnerstag, den 3. Juni 1926, abends 7 1/2 Uhr, findet eine
Kombierte Fraktionssitzung der Union und Partei
statt. Lokal Pickenhagen, Lichtenberg, Scharnweberstraße 60.
Sozialdem. Genossen und Genossinnen, die mit dem Gedanken der KAP und AAU sympathisieren, treffen sich Donnerstags abends 7 1/2 Uhr, bei Wagner, Lokal Wassermühl, Falkenbergstr. 26. Dasselbst ist auch unsere Presse zu haben.
Rathenow, Kampfruf und KAZ sind zu beziehen durch W. Klevor, G. Burgstr. 46. — Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.
— Verantwortlich für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln, Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isidorow, Berlin O 17, Lanzenstraße 79.

Aus diesen Tabellen spricht die unzehrende Stärke des kommunistischen Parteiapparats mit sinnfälliger Deutlichkeit. Ein Vergleich mit Varzas Berechnung des SPD-Apparates ergibt nahezu die gleichen Prozentsätze der Apparatskräfte in beiden Parteien. Die Rolle, welche der SPD-Apparat in den Staats-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegungen spielen, soeben im KPD-Apparat die direkten russischen Staatsbeamten.“ (Fortsetzung folgt.)

Die sabotierte Schlipper-Einheitsfront

Die KPD scheint sich vorgenommen zu haben, den Arbeitern, denen mitunter noch Zweifel aufsteigen ob der politischen Unzuverlässigkeit ihrer Partei, durch die denkbar aufdringlichste und widerlichste Pervertierung, die Sprache zu nehmen. Dieser Fall trifft zu bezüglich des „Volksentscheid“. Man stelle sich einmal die Frage: Hat der gemeinsam organisierte Schlepperstreik zwischen der Noske- und Thälmann-Partei zu einem beliebigen parlamentarischen Fallfäx etwas mit revolutionärer Arbeit zu tun? Jeder revolutionäre Arbeiter, der nicht völlig verblödet ist, wird antworten, daß diese Frage zu dumm ist, um sie zu beantworten. Nach dieser Art, aber in umgekehrter Linie, geht die KPD, gegen ihre Anhänger vor. Sie schreibt in ihrer Fahne vom 27. Mai lauthals auf: „Schlepperstreik durch SPD-Führer“. Man heißt, und es stellt sich heraus, daß die KPD, an den Vorstand der SPD, einen Brief geschrieben hat, man möchte gemeinsam die Abschriften für Wahlzettel herstellen, gemeinsam den Schlepperstreik organisieren usw. Und die SPD, leidet einfach ab! Sie will mit der KPD, auch nicht einmal gemeinsam ein Kiosket aufsuchen, Gemeinsam gar nichts! Ist das nicht niederrichtig? Ist das nicht unmassgeblich genug? Bist nichts anderes übrig, als die Arbeit eben weiter für sich, und damit eben weniger rational zu gestalten. Wie leicht kann daraus die Niederlage erwachsen!

Diese Niederlage muß jedoch vermieden, der Sieg garantiert werden. Wie man das? Die KPD ist ratlos. Aber als die Partei der unbegrenzten Möglichkeiten darf es Ratlosigkeit nicht geben. Die Zersplitterung muß verhindert, die Einheitsfront wenigstens im Schlepperstreik hergestellt, gemeinsam die Schlepperstreik organisieren usw. Ueberall da, wo Organisationen der SPD vorhanden sind, stellen sich die KPD-Leute restlos der SPD zur Verfügung, und lassen sich ihre Wahlarbeit zuweisen. Das müßte bald geschehen. Der Apparat der KPD, wird ebenfalls der SPD, zur Verfügung gestellt, ebenso das Papier. Somit geht alles nur von einer Stelle aus, Material und Menschenkraft wird nicht verweigert. Man stelle sich nur vor, es fehlen einige wenige Stimmen zum Sieg, und durch die Konzentration der Kräfte gelingt es, diese aufzufangen, so wiezt dieser Sieg doch gewiß die etwa vorhandenen Bedenken auf, die Schlicht ist gewonnen. — Wie, das geht nicht? Das geht zu machen! „Kommunisten“, die ob sich handhabenden Blödsinn ihrer Partei, die sich bei jeder Gelegenheit, wenn die Noskepartei nur ein klein wenig, die Niedertrichlichkeit auftritt, sich nicht an den Kopf fassen. — mit diesen „Kommunisten“ kann man sonst etwas aufstellen. Die merken schon gar nichts mehr. Die merken ja noch nicht einmal, daß die „Rote Fahne“ nur noch sozialdemokratischer Abfall ist. Die lesen die „Rote Fahne“ mit dem größten Vergnügen und merken nicht einmal, daß ein stinkender parlamentarischer Pöbel über sie ausgesprochen wird. Die saufen diese Jauche für das beste kommunistische Getränk. Die sind schon daran gewöhnt. — Was? Es gibt auch noch andere, die über diesen Abfall, die über diesen Irrsinn den Kopf schütteln, und die der Meinung sind, daß es ein Verbrechen ist, das Proletariat mit solch sozialdemokratischem Abfall zu füttern, anstatt ihm zu sagen, daß die Enteignung der gesamten Klasse und die Revolution die einzige Rettung der bedrückten Kampf der Arbeiter durch die proletarische Revolution dies vermag?

Man soll nicht streiten. Die maz es eben, und gibt es auch in der KPD. Aber die Tatsache, daß auch jene jeden Tag einen sinkenden Pöbel über sich erlassen lassen, und daß sie den Gestank überhaupt vertragen, in dieser Partei bleiben, das zeigt, daß man es hier zumindest mit einem psychologischen Rätsel zu tun hat.

Aus dem Asyl für politische Obdachlose

Geistesblitze des politischen Regenwurms USPD.
Man nehme nicht etwa an, daß wir von der krankhaften Neigung beseitigt sind, uns über die politische Zerklüftung der Arbeiterschaft lustig zu machen. Für uns ist im Gegenteil die Spaltung der Beschäftigten auf ein möglichst unbedeutendes Mindestmaß ein bitterstes Problem, das jedoch nicht durch Einigkeit-Phrasen und organisatorische Kulte, sondern nur durch unablässige Vorwärtsbewegung des Proletariats gelöst werden kann. Wir werden nicht hin und wieder spielen sich im Lager der Arbeiterbewegung Episoden ab, die so viel unfreiwillige Komik enthalten, daß man bei ihrer Betrachtung beim besten Willen keine ernste Mine bewahren kann.

Da ist zum Beispiel die USPD, die „revolutionäre Massenpartei“ seligen Andenkens. Die traurig berühmte Rolle, welche diese „Bannerträgerin des Sozialismus“ in den Monaten nach dem November 1918 spielte, dürfte noch hinlänglich bekanntes sein. Wie sie sich in der Folgezeit verhielt, ist leicht, daß diese „Unabhängigen“ seit ihrem Hallenser Zeretzungs-Parteitag 1920 wieder in völlige Abhängigkeit zum Sozialdemokratischen Marko Ebert-Noske geraten sind. Ein richtiger USPD-Mann — einer von Filmliebling Theodor Liebknecht, jenes zweergroßfährliche Bräuder des großen Karl — weist es natürlich weit von sich, wieder in die Partei des konterrevolutionären Bravos Noske zurückzukehren. Aber das ist auch die einzige „Plattform“ der USPD, „Kampfstelle“ gegenüber der SPD. Denn ein richtiggehender USpeter ist noch eine viel lächerlichere Figur als ein SPD-Bonze, weil er gerade so viel oder so wenig politisches Rückgrat besitzt wie ein Regenwurm. Die „Unabhängigen“ scheinen nämlich wie der meiste Teil des deutschen Proletariats, den sie in den Kriegen des modernen Klassenkampfes; zu den Methoden der SPD, KPD, und Gewerkschaftspolitik. Sie fischen auf dem Sumpfe der SPD- und KPD-Politik nach Axtatzen, brechen, anstatt den Krachen des reformistischen Klassenkampfes nachzuschäufeln, sie treiben selbst im großen Augen auslaug parlamentarischen Massenbrot am Proletariat und lassen um der „Einheit der Partei willen“ in gewerkschaftlicher Hinsicht jeden nach seiner Form selig werden — sie können sich in keiner Grundform des proletarischen Befreiungskampfes so oder so entscheiden, sie wählen sich eben wie ein Regenwurm an alles auftauchenden Hindernissen vorbeischlingeln.

Diese zwischen den Klümpen des Klassenkampfes steuerlos treibende USPD, läßt sich nun in ihrem Organ „Klassenkampf“ (Nr. 22 v. 28. Mai) bewegen, eine Käsepartei „aus dem proletarischen Hexenkessel der Schlipfrüchigen“ zu erzählen. Die „Schlipfrüchigen“, das sind „die geistig Entarteten, die geistig Kranken“, die sich in den proletarischen Organisationen eingeschlichen haben, unter anderem z. B. die Ultraultra in der KPD, („Katz“ — Korsch?). Mit stichlicher Befriedigung stellt das USPD-Blatt fest, daß es der KPD, gelungen sei, sich dieser Sorte zu entziehen. „Diese Reingewaschenen können nur reichlich spät und nicht durchverloren gewonnen.“ Die USPD-Jobknechte sind also ebenfalls wie Großmutter Zetkin der Auffassung, daß die Brandier-Thälheimer-Dötcher zehmal bessere Revolutionäre sind als die mit dem „Psychopathen oder Schurken“ Katz ausgeschlossenen KPD-Proletariats. Damit verraten die USpeter nur, was Geistes Kinder sind, daß sie

Fleisch vom Fleische der sozialdemokratisch-leninistischen Parlamentarierstippe sind.

Angesichts dieser brüderlichen Mahnung an Teddy Thälmann, alle zum Denken erweckten Arbeiter aus der KPD zu werfen, wundern wir uns gar nicht, daß nach dem Gutachten der USpeter zu den „Schlipfrüchigen“ auch die KAPD gehört, da deren antiparlamentarisch-antigewerkschaftliche Einstellung „syndikalistische Krankheiten“ sind und sie deshalb „welt entfernt ist, marxistisch-kommunistisch zu sein“. Da nun fast aus jeder Nr. der „KAZ“ zu ersehen ist, daß die Behauptung von der „syndikalistischen KAPD“ der denkbar hablichste Unsinn ist, muß man immer wieder über die Frechheit staunen, mit der gewisse Politikanten Urteil über die „K. A. P.“ fällen, ohne überhaupt die Grundsätze dieser Partei zu kennen. Doch wir wissen: das Gefasel von der „syndikalistischen Krankheit“ der KAP, hat ja nur den Zweck, dem Proletariat den „aus dem reformistischen Sumpfe zum revolutionären Klassenkampf führenden Weg zu verunkeln. Deshalb werden die Geistesriesen der U. S. P. auch zukünftig solchen sozialdemokratischen Blödsinn verzapfen und sich damit der Lächerlichkeit preisgeben. — was uns allerdings durchaus nicht unangenehm sein kann.

Die USPD ist im Gegensatz zu den „Schlipfrüchigen“ natürlich „marxistisch-kommunistisch“. Was darunter zu verstehen ist? Der „Klassenkampf“-Schreiber verrät das, mit folgenden Satz: „Wir fragen uns, wo sind nun die Vorbereitungen für die Aufnahme der Marx'schen Lehre mehr gegeben, als im Lager der SPD, KPD, und der Gewerkschaften?.. wie will man für eine Idee kämpfen, wenn man sich außerhalb ihrer Reihen stellt? Diese kostbare Weisheit ist um so kostbarer, weil sie komischerweise von der USPD selbst nicht beherzigt wird. Man bedenke: die USpeter erblicken in der SPD, und KPD, heute noch die günstigsten Stätten für marxistische Schulung der Proletariat — aber sie bringen nicht den Mut an, sich einer dieser Parteien anzuschließen, noch weniger aus speibürgerlicher Borniertheit als politische Obdachlose dahn! Und diese politischen Säuglinge wollen uns und anderen „Schlipfrüchigen“ noch Belehrungen über Marxismus geben! Wir sollen sich lieber von ihrer Mutter Sozialdemokratie trocken lecken lassen!“

Die ganze Schreiber der USPD-Zeitung hängt aber eng zusammen mit dem bekannten von der „Einheitsorganisation“ aufgezogenen Kartelltheater. Dieser Einheitsfrontismus des „Pöbel-Kluge“ zu „Schlipfrüchigen“ und „Kommunistischen Kampfparkett“ mit den Weyer- und Schumacher-Gewerkschaften und der parlamentarischen Sumpfpartei USPD, ist jetzt an den Punkt gelangt, wo er an seinen eigenen Widersprüchen in sich zusammenbrechen muß: vor offener Wahl, wenn die bestehenden politischen Gegensätze nur ein Partner den adern übers Ohr hauen wollte. Die USPD, gedachte ebenso wie die „Einheitsorganisation“ politischen Profit aus diesen ultraradikalreformistischen Kartellbestrebungen zu ziehen, und sich ihrer Felle westwärts zu bewegen, hat plötzlich jene Verhandlungspartner als „Schlipfrüchige“, mit denen sie gestern noch eine trügerische Einigkeit herzustellen bereit war. Das sind die typischen Kampfmethoden parlamentarischer Berufsführer, wenn sie ihre Konkurrenten nicht über den Lüffel barbarieren können.

Woll nun jedoch die USpeter in ihrer Wut über ein verunsichertes Parteizentrum auch über die KAPD, — (die dem Kartelltrümmel der „Einheitsorganisation“ als politisches Verwirrungsmannöver kennzeichnete) — herfallen und dieselbe gleichfalls in den „proletarischen Hexenkessel der Schlipfrüchigen“ verdammen möchten, deshalb können wir darauf nur mit den Worten der Klassenpolitik antworten: „Es ist nicht vor uns kommen, daß die Arbeiterschaft dem politischen Zigeunertum“ — der USPD, „in die Arme fällt, das sich dieses Mal unter der Maske der linksrevolutionären Einstellung heranzupurschen versucht.“

Das Gesicht der Demokratie

Die „Rache der Pfingsten“.
Am 25. 5. nachmittags kehrten etwa 30 Stahlhelmlente in Uniform von einer Beerdigung auf dem Jakobikirchhof in der Hermanstraße in Neukölln zurück. Sie sangen das Deutschlandlied und trugen eine schwarzweißrote Fahne voran. Die durch die Provokationen der Stahlhelmer erregten Passanten sammelten sich zu mehreren Schichten.
Die Faschisten riefen das Ueberalkommando an, das auch bald mit 2 Lastautos eintraf. Später kamen noch drei weitere zu Hilfe. Die Mannschaften sprangen von den Wagen und ließen rasch und wahllos mit Gewehrballen und Danneilbullen auf die Mannschaften der Arbeiterpartei los. Ein vorkühnender Radfahrer wurde vom Rad gestoßen, kurz, alles schied nur rücksichtslos nieder. Ein Passant wurde mit dem Gewehrkolben über den Kopf geschlagen. Als er sich nicht verbitt und darauf hinwies, daß er von der Arbeit käme und absolut nicht beteiligt sei, brüllte man ihn an: „Hier wird alles niederschlagen! Warum hast du uns den Pfingststurm verurteilt? Immer wieder die gleiche Masche! Lass die Masse die Menge der Zugänge zur Bergstraße ab und trieb die Masse die Rosen-, Goethe-, Steinmetz- und andere Straßen hinunter.“ Die Faschisten brachten man im „Deutschen Bräustübli“, Bergstraße, in Sicherheit und transportierte sie in Perikamenten einzeln ab.“ Soweit die „Rote Fahne“. Nach Bekanntwerden dieser Vorgänge machte sich Thälmann auf die Straße, und eilte nach Neukölln. Er konnte den Arbeitern nichts anderes sagen, als sie sollten einsehen, daß sie machtlos sind, sollten sich zu einem friedlichen Demonstrationsschritt sammeln und abziehen. Das geschah auch. Man sang dann sogar in der Nacht noch die Internationale. Wie der Polizeibericht selbst meldet, wurde ein Subjekt festgenommen, bei dem man nicht weniger als drei Abzeichen fand, Hakenkreuz, Sowjetstern und Reichsbannerabzeichen. Es ist schon glaubwürdig, daß es sich hier um eine Provokation handelt.

Diese Vorgänge haben jedoch eine andere tiefere Bedeutung. Sie demonstrieren, daß das Proletariat so lange seinen „mühsamen Schritt“ erziehen lassen muß, den Straßen der demokratischen Republik, solange es friedlich, bescheiden und ohne Waffen dahintrotzt. Bei dem geringsten Konflikt fliehen die Generalen des RFB, nichts anderes übrig, als ihren Leuten zu zureden, die möglichst viele Dresche bekommen wollen. Gelingt das, so wird daraus schon ein großer „Erfolg“ gemacht. Das beweist, daß diese „imposanten Aufmärsche“ weiter nichts sind, als ein Vorwand für den „Vorwärts“, die demokratische Zuchtbande nicht noch mehr Dresche zu verheimlichen, daß aber diese Militärspektakel ein Theater ist, als Waffe für den tatsächlichen Kampf des Proletariats einen Deck vorsetzt.

So lange die Arbeiter gegen die „Demokratie“ für sich auszusprechen können, werden alle Versuche, sich Ellenbogenfreiheit zu verschaffen, eben wie das Pfingstschpiel in Neukölln. Der wirkliche, ernsthafte, organisierte, zielgerichtete Kampf beginnt nicht mit pazifistischen Demonstrationen, die das Proletariat gemeinsam mit der KPD, zersetzt, und Schupo und RFB-Ordern gemeinsam für Ordnung sorgen. Der wirkliche Kampf beginnt als Klasse von den Betrieben aus. Wenn das Proletariat die Arbeit niedersetzt, sich zum Kampfe organisiert, die Betriebe miteinander verbindet, wie es mit dem Kampf um die Macht auch die Straße erobern können. Aber so lange es sich auf der Straße herumirren läßt, und sich über seine Schmalmeien freut, wird es ohnmächtig bleiben, und die Illusionen, daß die Zahl zu sich schon Macht und Kraft bedeutet, werden an zwei Dutzend Gummirollen der demokratischen Schupo zerschellen.